

## Antwort auf Regierungserklärung

- *Es gilt das gesprochene Wort* -

### ### 1 Einstieg / Gute Wünsche

Anrede,

sehr geehrter Herr Wüst,

am Ende Ihrer Rede haben Sie gesagt, Sie möchten Durchstarten. Sie sind jemand, der beim „Durchstarten“ die ganze Zeit in den Rückspiegel schaut.

Glauben Sie mir: Das ist eine ganz ungesunde Angewohnheit. Wer immer nur in den Rückspiegel schaut, kommt nicht sicher nach vorne.

Wer will sich jetzt noch zu Ihnen in den Wagen setzen?

Von der Zukunft erhoffen sich die meisten Menschen etwas anderes als die Bekanntschaft mit dem nächsten Graben.

Aber gut.

Lassen Sie mich zunächst die Gelegenheit nutzen, um Ihnen - auch von dieser Stelle aus – ganz herzlich zur Wahl zum 12. Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen zu gratulieren.

Über die richtige Länge Ihrer Amtszeit haben wir gewiss unterschiedliche Ansichten.

Aber ich freue mich auf unseren Wettbewerb um die besten Ideen und Konzepte für Nordrhein-Westfalen.

## ### 2 Ein MP auf der Suche nach der verlorenen Zeit

Anrede,

Ihre Regierungserklärung trägt den Titel:

„*Wir haben alle Chancen*“.

Der ehrliche Titel hätte eine andere Zeitform:

**„*Wir hatten alle Chancen.*“**

**Sie haben keine davon genutzt!**

Das ist das Tragische an diesem Regierungswechsel.

Wir erleben einen Ministerpräsidenten auf der Suche nach der verlorenen Zeit.

Herr Wüst soll in einem halben Jahr nachholen, was in den vier Jahren zuvor versäumt wurde.

Aber schon Benjamin Franklin wusste:

**„*Verlorene Zeit wird niemals wieder gefunden.*“**

In einer Regierungserklärung sollte es eigentlich um die Zukunft gehen.

Aber der Ministerpräsident hat heute sehr oft über die Vergangenheit gesprochen; hat Bilanzen gezogen, an frühe Heldentaten erinnert und alten Mitstreitern gedankt.

Das war streckenweise keine Regierungserklärung, das war ein Schwelgen in Erinnerungen:

**Herr Wüst erzählt von früher.**

Das machen Menschen immer dann, wenn sie wissen,  
das weit mehr Tage hinter ihnen als vor ihnen liegen.  
Für Regierungen gilt das offensichtlich auch.

Herr Wüst, Sie haben heute den ohnehin geschönten  
Arbeitsbericht von Armin Laschet vorgelesen.  
Sie haben keinen Absatz vergessen. Ich habe nachgeschaut.  
(evtl. Arbeitsbericht zeigen)

Aber Sie haben die Chance zum Neuanfang nicht genutzt.  
Sie haben alles beim Alten gelassen:  
Inhaltlich wie Personell.

**Sie sind die alte Landesregierung.**

Es wird Ihre Aufgabe sein, diese Regierung an ihr  
vorbestimmtes Ende zu führen.

Es wird Ihre Aufgabe sein, diese Regierung abzuwickeln.

**Sie sind ein Abwickler, kein Erneuerer.**

Ja, die schwarz-gelbe Koalition hatte mal eine Agenda.

Aber die ist abgearbeitet.

Was Sie umsetzen konnten, haben Sie umgesetzt.

Neues wird nicht mehr kommen.

Das ist heute klar geworden.

**Diese Regierung reitet jetzt in den Sonnenuntergang.**

### #### 3 Abrechnung: „Was wachsen muss, schrumpft“

Die Bilanz, die Sie hier vorgetragen haben, hat mit der Realität wenig bis nichts zu tun.

Die wird Ihnen auch niemand glauben.

Denn die Fakten sind andere:

- Die Investitionsquote des Landes wird nicht steigen.  
Sie wird fallen.
- Der Ausbau der Erneuerbaren Energien hat sich nicht beschleunigt. Er ist zusammengebrochen.
- Das Land wird auf den ökologischen und technologischen Wandel nicht vorbereitet.  
Wenn das so bleibt, wird die Arbeitslosigkeit nicht sinken, sondern steigen.
- Der Lehrermangel in Nordrhein-Westfalen wird nicht kleiner.  
Er wird immer größer.  
Und deshalb wird es nach der Corona-Pandemie auch nicht weniger, sondern immer mehr Unterrichtsausfall geben.  
Schon heute kostet uns der Lehrkräftemangel 18.000 Stunden Unterricht jeden Tag.  
18.000 Stunden individuelle Förderung und Betreuung, die ausfallen.  
Eine Besserung ist nicht in Sicht.

- Die Lage am Wohnungsmarkt wird nicht besser.

Sie wird schlimmer.

Die Mieten sind in den vergangenen Jahren stärker gestiegen als die Löhne und Gehälter.

Die Wohnungsnot frisst Einkommen und Kaufkraft.

Sie kostet Wohlstand und verschärft die soziale Ungleichheit.

**Die Wohnungsbaupolitik dieser Regierung ist ein einziges Versagen.**

- Und auch die Staus, sehr geehrter Herr Wüst, werden nicht kürzer, sie werden länger.

Es ist auch schön, dass Sie als Verkehrsminister viele bunte Schleifen durchschneiden konnten.

Aber wir wollen auch nicht vergessen, wer Ihnen diese Schleifen gebunden hat:

**Das war Ihr Vorgänger.**

**Das war Mike Groschek.<sup>1</sup>**

---

<sup>1</sup> „*Mein Vorgänger, das muss ich ehrlich sagen, hat sehr erfolgreich dafür gesorgt, dass Nordrhein-Westfalen, der Westen in Summe, dann wieder dran war.*“ Wer hat das über die Bundesmittel für Nordrhein-Westfalen gesagt? Richtig, das war Hendrik Wüst, und zwar im Wirtschaftspodcast vom 22. Februar dieses Jahres.

Er hat die Mittel aus dem Bundesverkehrswegeplan besorgt, die Sie nun ausgeben dürfen.

Ja, ich weiß: Fremde Federn machen besonders schön.

Aber es sind eben nicht Ihre.

**Es ist nicht Ihr Verdienst!**

- Ihr zweifelhaftes Verdienst ist es vielmehr, dass Nordrhein-Westfalen beim Kita-Platzangebot nicht aufgeholt hat. Wir sind zurückgefallen: auf den vorletzten Platz aller Bundesländer. Insgesamt fehlen 15.000 Erzieherinnen und Erzieher.

Das ist die Bilanz nach fast fünf Jahren Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen.

**Was sinken sollte, steigt.**

**Und was wachsen muss, schrumpft.**

## #4 Was gibt es Neues? / Abschieben von Verantwortung

Was ebenfalls schrumpft – jeden Tag etwas mehr – das ist der Wille und die Kraft dieser Regierung daran irgendetwas zu ändern.

Denn was hat uns der Ministerpräsident heute an wirklich neuen Initiativen, Ideen oder Positionen vorgestellt?

Drei Dinge habe ich gehört:

**Erstens:** Seine Regierung möchte ein Kinderschutzgesetz auf den Weg bringen.

Das finde ich richtig.

Wir haben eine Kinderschutzkommission auf den Weg gebracht.

Sie entwickeln ein neues Kinderschutzgesetz.

Das ergänzt sich gut, da können Sie mit unserer Unterstützung rechnen – wenn Sie es denn gut machen.

**Zweitens:** 370.000 digitale Endgeräte für Schülerinnen und Schüler, deren Eltern sich keine leisten können.

Selbstverständlich unterstützen wir das auch.

Das wird ja durch ein Bundesprogramm finanziert, das die SPD in Berlin ausgehandelt hat.

Es ist im Kern nichts neues, aber es ist gut, dass Sie es jetzt umsetzen.

**Drittens:** Der Ministerpräsident kann sich einen Kohleausstieg 2030 vorstellen.

Er hat nichts dagegen, wenn die neue Bundesregierung für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sorgt.

Mit anderen Worten: Er selbst will gar nichts tun.

Er schiebt die Verantwortung nach Berlin ab.

Und das ist ein Motiv, das sich durch die gesamte Regierungserklärung zieht:

- Ausbau Erneuerbare Energien: Muss Berlin machen.
- Neue Industriepolitik: Muss Berlin machen.
- Entschuldung der Kommunen: Muss Berlin machen.

Für die großen Herausforderungen unseres Landes sind offensichtlich immer andere verantwortlich: nur nicht der Ministerpräsident.

**Sie stehen sich aus der Verantwortung,  
wo Sie nur können.**

Warum läuft das Programm „Gute Schule 2020“ aus?

Damit wurden Milliarden in unsere Schulen investiert?

Warum wird es nicht fortgeführt?



Warum endet der Stärkungspakt Stadtfinanzen?

Damit haben wir in unserer Regierungszeit die Finanzkraft der Kommunen gestärkt.

Warum wird er nicht fortgeführt?

Warum bemüht sich das Land nicht um ein eigenes

Landesprogramm für einen Altschuldenfonds?

Hessen und das Saarland haben eigene Programme zur Entschuldung ihrer Kommunen aufgelegt.

**Aber Hendrik Wüst legt die Hände in den Schoß:  
Muss Berlin machen.**

## # 5 Über was nicht / unzureichend gesprochen wurden

Anrede,

ein Abgeordneter hat an diesem Pult einmal gesagt, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf ein wichtiges Thema zu lenken, gäbe es nichts Besseres als eine Regierungserklärung.

Ja, Herr Wüst, das waren Sie.

Und damit hatten Sie auch Recht.

Allerdings haben wir heute nicht viel darüber erfahren, was Ihnen wichtig ist.

Dazu haben Sie zu viele Themen ausgelassen oder mit Phrasen zugeschüttet.

Immerhin haben wir auf diese Weise erfahren, was Ihnen nicht wichtig ist.

- Zu fairen Löhnen kein Wort – sind wohl nicht wichtig
- Auch über die Bekämpfung des Lehrermangels haben Sie kein Wort verloren – offensichtlich unwichtig
- Sie wollen die Ganztagsbetreuung ausbauen, sagen aber nicht wie.
- Sie wollen das Klima schützen und Jobs schaffen, sagen aber wieder nicht wie.

- In NRW fehlen hunderttausende bezahlbare Wohnungen.  
Was bietet der Ministerpräsident zur Lösung an:  
Er preist einen 3D-Betondrucker an.  
Das ist doch Realsatire.

Herr Wüst,

so redet niemand, der mit ehrgeizigen Plänen durchstarten will.

**So redet jemand, der sich unauffällig über die Zeit retten will.**

**Aber auch das ist Ihnen nicht gelungen.**

## 6 ### Ruhrgebiet

Bemerkenswert ist auch, wie wenig Sie zum Ruhrgebiet und zur Ruhrgebietskonferenz gesagt haben.

Offensichtlich nicht wichtig!

In Anlehnung an die große Ruhrkonferenz von Johannes Rau sollte die neue Ruhrkonferenz ein Prestige-Projekt der schwarz-gelben Landesregierung werden.

**Die Hoffnungen waren groß.**

**Die Enttäuschungen sind es auch.**

Johannes Rau hatte 1979 mit seinem damaligen Koalitionspartner, der FDP, das „Aktionsprogramm Ruhr“ entwickelt:

Er bestand aus massiven Investitionen in Bildung, in Arbeitsplätze, in Universitäten und in die kommunale Infrastruktur.

In nur vier Jahren mobilisierte Johannes Rau sieben Mrd. DM - Mittel des Landes NRW und des Bundes - übrigens gegen den erbitterten Widerstand der Christdemokraten.

**Aber wer sich Vorbilder wählt, muss sich auch an ihnen messen lassen.**

**Ihre Ruhrkonferenz hält dem Vergleich nicht stand.**

Sie wird nur eine Fußnote der Landesgeschichte bleiben.

Es gibt keine neuen Initiativen für Unternehmensansiedlungen, keine neuen Investitionen in die Digitalisierung, erst recht keine neuen Programme für Stadtteilsanierungen oder moderne Mobilität.

Es wundert mich überhaupt nicht, dass der ehemalige Verkehrsminister über die Ruhrkonferenz nichts Konkretes gesagt hat.

Sie haben ja zum Scheitern des einstigen Prestige-Projekts beigetragen.

Sie hätten es als Verkehrsminister in der Hand gehabt, ineffiziente Strukturen zu hinterfragen und den ÖPNV zu optimieren.

Sie hätten es in der Hand gehabt, den Ausbau der E-Ladesäulen massiv zu fördern.

Nichts davon haben Sie getan.

**Sie haben Marketing-Begriffe wie Luftballons in die Luft geblasen.**

**Aber Sie haben die Lage vor Ort nicht verbessert.**

Unter Johannes Rau gab es weniger Marketing-Sprech, weniger „Townhall-Meetings“ aber mehr Output.

Ab Mai 2022 wollen wir an diese Tradition wieder anknüpfen.

Dem Ruhrgebiet mangelt es nicht an Ideen.

Es mangelt an Investitionen.

Und es mangelt an einer Landesregierung, die im Revier wirklich anpacken will.

**Diesen Mangel müssen wir zu allererst beheben.**

### **### 7 Rheinisches Revier**

Im **Rheinischen Revier** machen wir dann gleich weiter.  
Denn auch das Rheinische Revier braucht eine Strukturpolitik,  
die ihren Namen verdient.

Die Menschen im Rheinischen Revier stellen sich großen  
Veränderungen.

Sie tun das, damit Deutschland seine internationalen  
Verpflichtungen im Klimaschutz erfüllen kann.  
Wichtiger noch: damit aus dem Klimawandel keine  
Klimakatastrophe wird.

**Sagen wir, wie es ist:**

**Das Rheinische Revier verändert sich für uns alle.**

**Wir stehen in seiner Schuld.**

Es wurden der Region viele Versprechungen gemacht.  
Vor allem wurden neue Arbeitsplätze versprochen.  
Gute Arbeitsplätze.  
Sichere Arbeitsplätze.

Doch bis heute ist völlig unklar, welche Arbeitsplätze das sein  
sollen und wann sie kommen werden.

Auf diese Frage hätte ein neuer Ministerpräsident heute eine Antwort geben müssen.

Doch das hat Herr Wüst nicht getan.

Dabei entscheidet sich jetzt, ob es in zehn Jahren die versprochenen Arbeitsplätze tatsächlich geben wird.

Die Zeit ist ohnehin knapp.

Wir dürfen sie nicht länger verschwenden.

Und wir dürfen uns nichts vormachen:

Neue Bushaltestellen, ein Bergbaumuseum und eine Außenstelle des Forschungszentrums Jülich sind kein Strukturwandel!

### **Das Rheinische Revier braucht Wertschöpfung!**

Es reicht einfach nicht, nur in Wissenschaft und Forschungsinstitute zu investieren.

Es gibt in der Region tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in technischen Berufen.

Sie sind hervorragend ausgebildet.

Ihr Wissen und ihr Können wird gebraucht.

### **Das Rheinische Revier der Zukunft braucht Industrie, produzierendes Gewerbe und das Handwerk.**

Umso wichtiger wäre eine Wirtschaftspolitik, die die Stärken der Region zu nutzen weiß:



Bei der Vergabe von Fördermitteln, bei der Erschließung von Flächen, bei der Unterstützung der Kommunen.

Aber wir haben heute keine einzige neue Idee zum Strukturwandel gehört.

Stattdessen die immer gleichen Phrasen und Vertröstungen.

In der Region hat niemand mehr den Eindruck, dass der Strukturwandel bei dieser Landesregierung in guten Händen ist.

**Es wird Zeit, das eine neue Regierung mit neuer Kraft und neuen Ideen die richtigen Prioritäten setzt.**

### ### 8 Flutkatastrophe

Anrede,

der Ministerpräsident hat an die Flutkatastrophe vom Juli erinnert und ein weiteres Mal „unbürokratische“ Hilfe für die Betroffenen angekündigt.

Es ist nun meine Aufgabe, die Probleme anzusprechen, über die Herr Wüst heute zu wenig gesagt hat.

49 Menschen sind in Nordrhein-Westfalen gestorben.

Viele Tausend Menschen haben alles verloren, was sie sich in ihrem Leben erarbeitet haben.

Da ist es angebracht, einmal eine ganz banale Tatsache anzuerkennen:

**Das Land, die Landesregierung und ihre Behörden haben die Bürgerinnen und Bürger im Juli nicht schützen können.**

Warum das so ist, wird ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss klären.

Aber das dem so ist – daran besteht doch kein Zweifel.

**Und deshalb ist es angebracht, für dieses  
Unvermögen um Verzeihung zu bitten**

– völlig unabhängig davon, wer welche politische oder rechtliche Verantwortung trägt.

Es wäre eine Geste, die beschädigtes Vertrauen heilen könnte.  
Davon bin ich überzeugt.

Noch wichtiger ist es allerdings, endlich Versprechen einzuhalten.

Woche für Woche wiederholt Frau Scharrenbach ihre Versprechen:

Das Geld geht nächste Woche raus.

Ganz bestimmt.

Doch dann geschieht wieder nichts.

Jetzt spricht sie immer nur noch davon, dass sich viele Anträge in der Bewilligung befänden.

Das heißt im Umkehrschluss, dass sie noch nicht bewilligt sind.

Es dauert alles zu lange.

Heute versprach der Ministerpräsident neue Stellen zur Bearbeitung der Anträge.

Monate nach der Flutkatastrophe kündigen Sie neue Planstellen an.

Wann sollen die denn besetzt werden?

Planstellen auf Papier bearbeiten keine Anträge.

Das können nur Menschen.

Im Innenministerium in Rheinland-Pfalz gibt es immerhin eine eigene Abteilung, die sich mit dem Wiederaufbau beschäftigt. Es gibt dort auch vom Land organisierte Beratungen vor Ort. Zusammen mit den Kommunen wurden psychotherapeutische Angebote geschaffen.

All das macht NRW nicht.

Das ist ein Fehler.

Wir sollten von Rheinland-Pfalz lernen.

## **#### 9 Wer ist Hendrik Wüst (nicht)?**

Herr Ministerpräsident,

ich habe heute viele Floskeln und Allgemeinplätze zur Wirtschafts-, Bildungs- und Klimapolitik gehört.

Viel Schall, viel Rauch, viele Dinge, die schon längst bekannt und beschlossen sind.

Keines dieser Vorhaben wird auch nur ein drängendes Problem in Nordrhein-Westfalen lösen:

Aber um Sachpolitik wird es in den nächsten Monaten ohnehin nur am Rande gehen.

Das drängendste Problem, das Sie lösen wollen, ist Ihr Imageproblem.

Sie begehen dabei allerdings einen Fehler, den schon viele vor Ihnen gemacht haben.

**Sie versuchen sich als jemanden auszugeben,  
der Sie nicht sind.**

Sie sind kein zweiter Karl Arnold oder ein neuer Franz Meyers.  
Sie sind nicht der Ministerpräsident, der Nordrhein-Westfalen  
wieder zum sozialen Gewissen der Bundesrepublik  
Deutschland machen wird.  
So notwendig das wäre.

**Sie werden dieser Ministerpräsident nicht sein.  
Und das weiß auch jeder.**

Herr Wüst, Sie sind ein Politiker, der noch vor wenigen Jahren  
das Tariftreue- und Vergabegesetz als „Schweinerei“  
bezeichnet hat.

So haben Sie hier, in diesem Hohen Haus, über ein Gesetz  
gesprochen, das für anständige Löhne und ökologische  
Mindeststandards bei öffentlichen Aufträgen gesorgt hat.

Und in der gleichen rüpelhaften Art haben Sie über das  
Klimaschutzgesetz und den Nichtraucherschutz gesprochen.  
Für Sie waren das alles „Schweinereien.“ (Plenarprotokoll 16/78 S. 7945)

Nein, Herr Wüst, so redet niemand - und so denkt niemand! - ,  
der ein Anwalt für Arbeitnehmerinteressen sein will.

**Das waren Sie nie – und das werden Sie auch nie sein.**

Sie sind der ehemalige Verkehrsminister, der am liebsten das Sozialticket abgeschafft hätte.

Alleinerziehende Mütter, wie die damals 25jährige Jessica aus Attendorn, hätten ohne das Sozialticket niemals ihre Schul- und Berufsausbildung nachholen können.

Ihre Geschichte kann man heute noch auf Spiegel-Online nachlesen.<sup>2</sup>

Aber Sie, Herr Wüst, konnten es nach dem Regierungswechsel 2017 ja gar nicht abwarten, dieser Frau das Sozialticket zu streichen.

Das war Ihre erste Initiative als Minister und es wäre Ihr erster trauriger „Erfolg“ geworden, hätte nicht ein gewaltiger Proteststurm Ihren Plan vom Kabinettstisch gefegt.

Nein, Herr Wüst, Sie stehen nicht für sozialen Aufstieg.

Sie sind kein Ministerpräsident für die Beschäftigten und erst recht sind Sie kein Ministerpräsident für die Mieterinnen und Mieter in Nordrhein-Westfalen.

---

<sup>2</sup> <https://www.spiegel.de/politik/sozialticket-welche-konsequenzen-es-fuer-jessica-hat-wenn-das-sozialticket-in-nrw-abgeschafft-wird-a-00000000-0003-0001-0000-000001879375>

Vier Jahre lang haben Sie am Kabinetttisch gesessen und dabei geholfen, den Mieterschutz zu schleifen und den sozialen Wohnungsbau abzuwürgen.

Das Ergebnis ist bekannt:

- Die Mieten in unseren Städten steigen rasant.
- Der soziale Wohnungsbau ist zusammengebrochen.
- Immer mehr Menschen können sich das Leben in ihrer Heimat nicht mehr leisten.

Aber Sie, Herr Wüst, bleiben sich treu.

Auf dem Parteitag der NRW-CDU verkündete der designierte Ministerpräsident, dass er die Mietpreisbremse „kategorisch“ ablehne.

Die Mietpreisbremse ist ein Instrument, das seine Partei in Berlin übrigens mitbeschlossen hat, und das Mietsteigerungen gar nicht verbietet, sondern nur begrenzt.

**Aber selbst das ist für Hendrik Wüst schon zu viel Mieterschutz.**



Anrede,

über die Hälfte der Menschen in Nordrhein-Westfalen wohnt zur Miete: Rentnerinnen und Rentner, Arbeitnehmerinnen und ihre Familien, Alleinerziehende und ihre Kinder, Handwerkerinnen, kaufmännische Angestellte und Maschinenführer.

Insgesamt über zehn Millionen Menschen.

**Ein Gegner von Mieterschutzrechten ist jetzt ihr Ministerpräsident.**

Im Mai werden die Bürgerinnen und Bürger entscheiden, ob das so bleiben soll.

Wir werden den 10 Millionen Mieterinnen und Mietern in NRW ein besseres Angebot machen:

Wir werden Jahr für Jahr 100.000 neue Wohnungen bauen.

25.000 davon werden mietpreisgebunden sein.

Wir werden den Mieterschutz wieder stärken und Familien entlasten.

**Eine Politik für die Mitte der Gesellschaft ist möglich.  
Das werden wir beweisen.**

Lieber Herr Wüst,

Sie haben hier jahrelang die Interessen von Unternehmensverbänden vertreten und vorgetragen.

Sie haben als Abgeordneter sogar für einen Lobbyverband gearbeitet.

Sie glauben nicht an strenge Mieterschutzregeln.

Sie glauben nicht an Regeln für den Arbeitsmarkt oder an staatliche Initiativen für bessere Löhne und mehr

Leistungsgerechtigkeit.

**Sie sind davon überzeugt, dass soziale Probleme durch die Kräfte des Marktes gelöst werden oder eben gar nicht.**

Woran Sie und Ihre Regierung aber sehr wohl glauben, das ist die Macht der Symbole und Inszenierungen.

Und Sie wissen, dass Ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Überzeugungen in einem toxischen Image münden würden, wären sie allzu offenkundig.

Das sagen Ihnen Wahlanalysen, Umfragen und Fokusgruppen. Deshalb benutzen Sie jetzt auch diese weichgespülte Sprache, die direkt aus der chemischen Reinigung der PR-Beratung zu kommen scheint.

Und doch sind es Ihre Worte, die Sie verraten.

Auf dem Parteitag der NRW-CDU haben Sie gesagt, die Alltagsorgen der Menschen müssten wieder der Kompass Ihrer Partei sein.

Die CDU müsste wieder die Partei der „einfachen Leute“ sein. Ich vermute, Sie meinten Menschen aus der Mitte der Gesellschaft.

Und ja Sie haben recht: Die CDU ist das schon lange nicht mehr.

Alltagsorgen sind schon lange nicht mehr der Kompass der CDU und der CDU-geführten Landesregierung.

Das ist ein schmerzhaftes Eingeständnis.

Eine bittere Analyse.

**Sie haben sich von den Alltagsorgen der Menschen sehr weit entfernt.**

### **### 10 Gerechtigkeit muss man fühlen / Wert der Arbeit /**

Sie haben in Ihrer Regierungserklärung nichts gesagt, was darauf hindeuten könnte, dass Sie daran etwas ändern werden.

Es ist doch bezeichnend:

Sie nennen am Anfang Ihrer Regierungserklärung fünf ehrenwerte Menschen, die typisch für Nordrhein-Westfalen sind: eine Schülerin, eine Beamtin, ein wissenschaftlicher Direktor, zwei Unternehmer.

Aber keinen Facharbeiter, keinen Busfahrer, keine Verkäuferin, keine Arbeitnehmerin und keinen Arbeitnehmer.

An die haben Sie gar nicht gedacht.

Sie haben tatsächlich Ihren Kompass verloren!

Ich bin der Sohn eines Eisenbahners.

Ich bin in einer Sozialwohnung mit Kohleofen aufgewachsen.

Ich bin gegen alle Wahrscheinlichkeiten Rechtsanwalt geworden und habe für Mieter- und Arbeitnehmerrechte vor Gericht gestritten.

Glauben Sie mir:

Über die Alltagsorgen der einfachen Leute – wie Sie sie nennen -- wissen Ihre PR-Berater nichts.

Gar nichts!

Soziale Gerechtigkeit ist keine Frage der Demoskopie.

Gerechtigkeit muss man spüren können.

Man muss sie fühlen – dann kann man auch danach handeln.

Reden wir doch mal über den Wert der Arbeit.

Millionen von Menschen in Nordrhein-Westfalen werden nicht ihrer Leistung entsprechend entlohnt.

Es gibt in NRW viele Verkäuferinnen mit 38-Stunden-Woche, die nicht mehr als 1.890 Euro brutto im Monat verdienen.

Haben sie auch noch Kinder, müssen sie Hartz-IV beantragen, um über die Runden zu kommen.

Arbeitende Frauen werden zur Bitt-stellerinnen.

Das ist respektlos.

Das ist respektlos gegenüber den Leistungen dieser Frauen.

Die neue Koalition im Bund wird den Mindestlohn auf 12 Euro pro Stunde erhöhen.

Über zwei Millionen Beschäftigte in NRW werden von der Mindestlohnerhöhung profitieren.

Es ist eine notwendige Reform!

Es ist eine historische Reform!

Aber was ist eigentlich die Position Ihrer Regierung dazu?

Werden Sie diese Reform unterstützen oder nicht?

Jeder fünfte Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen arbeitet im Niedriglohnsektor.

Ein NRW-Ministerpräsident müsste eigentlich an der Spitze der Mindestlohnbewegung stehen.

Ihr Vorgänger stand an der Spitze der Gegner.

Und Sie Herr Wüst, stehen an der Spitze der Schweiger.

Was ist Ihre Haltung zu einer armutssicheren Grundrente?

Zu einem stabilen Rentenniveau?

Wie stehen Sie zu allgemeinverbindlichen Tarifverträgen?

Zu einer Stärkung von Betriebsräten und Mitbestimmung?

Eine NRW-Regierung, die sich nicht klar zum sozialen Fortschritt bekennt, hat keine Ziele mehr.

Sie hat sich überlebt.

## #### 11 Aus Hoffnungen Wirklichkeit

Anrede,

es wird Zeit für einen neuen Anfang.

Es wird Zeit für einen sozialen Neustart in Nordrhein-Westfalen.

Es gibt in unserem Land Millionen Menschen mit großen Sorgen, aber auch großen Hoffnungen.

Hoffnung auf Familie.

Hoffnung auf ein gutes Einkommen.

Hoffnung auf ein selbstbestimmtes Leben

Aber Hoffnungen dürfen nicht nur Hoffnungen bleiben.

Hoffnungen sollen Wirklichkeit werden.

Dafür kann Landespolitik einiges tun.

Die zwanziger Jahre müssen ein Jahrzehnt des Fortschritts werden: des ökologischen Fortschritts und des sozialen Fortschritts.

- Wir wollen, dass in Nordrhein-Westfalen eine gute und bezahlbare Wohnung wieder der Normalfall - und kein Glücksfall mehr ist.
- Wir wollen ein Bildungssystem, das für echte Chancengleichheit sorgt und wir wollen eine neue Ära der Industriepolitik in unserem Land.
- Klimaschutz, der Arbeit schafft!

Das ist unser Ziel.

## #### 12 Klimaschutz der Arbeit schafft / Stahl

Wenn wir es richtig machen, dann werden die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Gewinner des Wandels sein.

Dann gibt es mehr Arbeitsplätze statt weniger.

Dann gibt es mehr Wohlstand und mehr Lebensqualität.

Wir dürfen nur einen Fehler nicht machen:

Wir dürfen Menschen nicht gegeneinander ausspielen.

Das versuchen aber einige immer wieder.

Diese Kräfte schieben Industriearbeiter gegen Schülerinnen und Schüler.

Jung gegen Alt.

Stadt gegen Land.

All das ist grundfalsch!

Wer spaltet, schadet unserem Land.

Die Schülerinnen und Schüler der Klimaschutzbewegung sind eben nicht die Gegner von Stahlarbeitern oder Maschinenbauern.

Auch Stahlkocher wollen Klimaschutz und die Klimaschützer wollen gute und sichere Arbeitsplätze.

Beides ist möglich.

**Aber dafür brauchen wir eine neue Industriepolitik.**



Der Ministerpräsident hat für die Stahlindustrie viele warme Worte übrig.

Damit hat schon sein Vorgänger nicht geizt.

Aber warme Worte sind keine Politik.

Wenn wir so weitermachen wie bisher, dann werden unsere Stahlwerke in zehn Jahren Industriemuseen sein.

Man muss die Dinge beim Namen nennen.

Stahl ist aber keine veraltete Technologie aus dem 19. Jahrhundert.

Aus Stahl wird Fortschritt gemacht – und Klimaschutz!

Wir diskutieren viel über Jahreszahlen: 2045, 2038, 2030.

Es gibt eine weitere Zahl, die mich umtreibt:  
2024.

Im Jahr 2024 geht in Nordschweden das erste wasserstoffbetriebene Stahlwerk in Betrieb.

Aber warum steht der erste klimaneutrale Hochofen nicht in Duisburg?

Warum investiert der Daimler-Konzern in Schweden und nicht bei uns in NRW?

Ich sage Ihnen warum: Weil diese Landesregierung nicht den Mut hat, die richtigen industriepolitischen Entscheidungen zu treffen.

Noch haben wir die Chance, den Standort Duisburg durch eine Landesbeteiligung nach dem Vorbild Niedersachsen zu stabilisieren.

Wir haben die Chance, ihn vor der Zerschlagung zu schützen und ihn zu einem erfolgreichen europäischen Champion für ökologische Industrie aufzubauen.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird sich diese Chance nicht entgehen lassen.

Darüber hinaus werden wir uns für einen Stahl-Fonds auf Bundesebene einsetzen, um den enormen Investitionsbedarf für klimaneutralen Stahl zu stemmen.

### **#### 13 Ein Stabilitätsfonds für den Mittelstand**

Anrede,

die Frage ist nicht, ob wir die Kraft haben, die ökonomischen Herausforderungen des Klimaschutzes zu meistern.

Diese Kraft haben wir.

Die Frage ist, ob wir den Willen dazu haben.

Wem die ökologische und digitale Transformation am schnellsten und besten gelingt, wird erst zum Technologie- und dann zum Marktführer, inklusive enormer Gewinne, neuer Arbeitsplätze und neuer Wertschöpfungsketten.

Aber dafür brauchen wir eine Industriepolitik, die ihren Namen verdient.

Was für die Stahlindustrie gilt, gilt auch und gerade für den Mittelstand.

Über 800 mittelständische Weltmarktführer, die „Hidden Champions“, haben ihren Sitz in NRW.

Doch trotz guter Rahmenbedingungen werden viele dieser mittelständischen Unternehmen die technologische Transformation nicht aus eigener Kraft schaffen können.

Dazu fehlt es an Zeit. Und es fehlt an Eigenkapital.

Deshalb fordert der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft einen staatlichen Eigenkapitalfonds, um die Existenz und die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen zu sichern.

Genau so einen Fonds werden wir auf den Weg bringen: einen Stabilitätsfonds für die Arbeit von morgen in Nordrhein-Westfalen, mit einem Volumen von 30 Milliarden Euro.

Auf diesem Wege bekommen die Industrie- und Technologieunternehmen in Nordrhein-Westfalen genügend Mittel, um schnell in neue ökologische und digitale Produktionsprozesse investieren zu können, ohne dass der Unternehmenswert leidet und Arbeitsplätze verlorengehen.

Ökologische Spitzentechnologie soll auch in Zukunft an Rhein und Ruhr, in OWL und Süd-Westfalen hergestellt werden - und nicht nur am Yangtze oder Colorado River.

**Die Landesregierung hat dafür keinen Plan.**

**Wir haben einen!**

## **#### 14 Neue Energiepolitik**

Gleichzeitig werden wir alles aus dem Weg räumen, was den wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritt in Nordrhein-Westfalen bisher behindert hat.

Ich spreche von den bürokratischen Kleinkriegen, die Schwarz-Gelb jahrelang gegen die Windenergie geführt hat. Das hat Investoren verunsichert und Investitionen verhindert. Das war kurzsichtig und schädlich. Damit machen wir Schluss!

Grüner Wasserstoff wird in Zukunft dort hergestellt, wo grüner Strom zur Verfügung steht. Moderne ökologische Industrie wird sich dort ansiedeln, wo sie ausreichend ökologischen Strom bekommt. NRW muss bei den Erneuerbaren Energien auf die Überholspur. Dafür werden wir sorgen.

## #### 15 Innovation City Bottrop

Anede,  
für Klimaschutz, der Arbeitsplätze schafft, werden wir  
noch mehr tun.

Wir werden eine ganz besondere Stadt zum Vorbild und zur  
Blaupause für erfolgreichen Klimaschutz machen.

Ich spreche von einer Stadt, in der es mehr Solaranlagen als  
in Freiburg gibt und in der drei Mal so viele Gebäude ökologisch  
saniiert wurden als im Landesdurchschnitt.

Ich spreche von einer Stadt, die es in zehn Jahren geschafft  
hat, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen um 50 Prozent zu reduzieren,  
ohne dass Arbeitsplätze verloren gingen oder Mieten  
explodierten.

Ich spreche von **Bottrop!**

Bottrop ist DIE Klimastadt in Nordrhein-Westfalen.

Und die hören einfach nicht auf!  
In Bottrop will man deutlich vor 2045 klimaneutral werden.

Wie haben die das gemacht?  
Gute Beratung und finanzielle Anreize.

Für jeden Euro Zuschuss wurden in Bottrop acht Euro privat in die Energiewende investiert.

Investitionen von rund 750 Millionen Euro wurden so ausgelöst.

Die CO<sub>2</sub>-Einsparungen sprechen für sich.

Aber natürlich gab es auch Beschäftigungseffekte!

Nachdem die letzte Zeche geschlossen wurde,

sorgt Klimaschutz dafür, dass Beschäftigung gesichert wird.

Besser noch: da entstehen neue Jobs!

Und deshalb wollen wir das Programm auf ganz NRW ausweiten.

Ein landesweites Klimaschutzprogramm, das CO<sub>2</sub>-Emissionen senkt, die Konjunktur ankurbelt und Arbeitsplätze schafft.

Dazu brauchen wir eine Stärkung des Handwerks.

Ohne das Handwerk wird uns die Energiewende nicht gelingen.

Wer montiert denn die Solaranlagen, tauscht alte Heizkessel aus und dämmt die Gebäude?

Das sind doch die Handwerkerinnen und Handwerker.

Handwerkerinnen und Handwerker sind die Klimastütze in unserem Land.

## #### 16 Bildungsgerechtigkeit / Schulen

Anrede,

heute werden in Nordrhein-Westfalen wahrscheinlich um die 465 Kinder geboren.

Ich kann zwar nicht hellsehen, aber ich kann trotzdem mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhersagen, welchen Bildungsabschluss diese Kinder in 18 Jahren erreichen und zu welchem Einkommensdrittel sie gehören werden.

Für diese Vorhersage muss ich nur zwei Dinge wissen: den Bildungsabschluss ihrer Eltern und das Einkommen ihrer Eltern.

Das ist die Wahrheit über den Stand der Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit in unserem Land.

Zur Not reicht auch die Postleitzahl, um eine relativ belastbare Vorhersage über den Lebensweg eines Kindes zu treffen.

Die Bildungspolitik dieser Koalition hat daran nichts geändert. Ganz im Gegenteil.



Man kann das auch in Zahlen hinterlegen:

Nordrhein-Westfalen gibt im Vergleich zu anderen Bundesländern viel zu wenig Geld für seine Schülerinnen und Schüler aus.

Schlusslicht bei den Bildungsausgaben für Grundschüler

Diese Landesregierung hatte versprochen, das zu ändern. Sie hat es nicht getan.

### **Wir werden es tun.**

Auch hier reicht es nicht, dass wir einfach nur neue Stellen in Haushaltspläne schreiben.

Wir müssen diese Stellen auch mit echten Menschen besetzen.

Kinder zu betreuen, zu unterrichten und zu fördern, sollten Berufe sein, um die sich junge Menschen reißen.

### **Wir sollten uns die Besten aussuchen können.**

Dann müssen wir aber auch für bessere Arbeitsbedingungen sorgen.

Wir müssen unsere Lehrer und Erzieher besser ausbilden und zum Teil auch besser bezahlen.

Vor allem müssen wir unsere Kräfte bündeln.

Wir müssen zuerst dort für Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sorgen, wo es am Wenigsten davon gibt.

**Das heißt im Klartext: Die schönste Schule in NRW muss dort stehen, wo die Probleme am größten sind.**

Die Schule muss das schönste Haus am Platz sein!

Hier muss das beste Personal hin!

Hier müssen die Klassen am kleinsten sein!

Hier gehört statt Kreide und Tafel das Whiteboard an die Wand und Tablets auf den Tisch!

In Nordrhein-Westfalen gibt es über 1000 Schulen, die aufgrund großer sozialer Probleme mehr Geld für Ausstattung und Personal brauchen.

**Und wenn das so ist, dann müssen auch alle 1000 Schulen die Förderung bekommen, die sie benötigen.**

Das ist teuer.

Aber es ist notwendig.

Und es ist möglich.

Also müssen wir es auch tun.

### ### 17 Krankenhäuser

Anrede,

wir können nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie nicht über die Zukunft unseres Landes sprechen, ohne über die Zukunft unserer Gesundheitsversorgung zu sprechen.

Und deshalb müssen wir über eine Kinderklinik in NRW sprechen.

Ich war im Sommer in einer der größten Kinderkliniken in Deutschland zu Besuch.

Besonders beeindruckt hat mich dort die Palliativstation.

Dort werden Kinder behandelt, die keine Chance auf Heilung haben.

Aber die Beschäftigten, vor allem die Pflegerinnen und Pfleger geben dort tagtäglich alles, um Kindern und Eltern ein bestmögliches Leben zu ermöglichen.

Ich kann mir nur ansatzweise vorstellen, wie anspruchsvoll diese Arbeit ist, weil sie so unglaublich emotional ist.

Als ich diese Kinderklinik in diesem Jahr besucht habe, habe ich erfahren, dass die Station ausgebaut wird.

Sie wird größer und das ist die gute Nachricht.

Aber wer bezahlt den Ausbau eigentlich?

Das Land?

Der Bund?

Keine von beiden.

Finanziert wird der Ausbau vom RTL-Spendenmarathon.

Da kann man nur sagen:

Vielen herzlichen Dank an RTL und die Spenderinnen und Spender.

Aber was läuft denn schief in einem Land, wenn die Behandlung kranker Kinder von einem Spendenmarathon im Privatfernsehen abhängig ist?

Unser Krankenhaussystem ist chronisch unterfinanziert,  
Und das ist auch die Folge einer falschen Gesundheitspolitik im Land.

Diese Regierung erwägt ernsthaft die Schließung von Krankenhäusern.

Das ist eine schlechte Nachricht für alle Menschen im ländlichen Raum.

Eine Landesregierung muss alles tun, um Krankenhausschließungen zu verhindern.

Die Pandemie hat es uns doch gezeigt: Es ist besser ein freies Bett zu viel zu haben, als im Ernstfall eines zu wenig.

### ### 18 Schluss

Anrede,

ich habe am Anfang meiner Rede betont, dass die zwanziger Jahre ein Jahrzehnt des Fortschritts sein müssen.

**Vor allem müssen sie ein Jahrzehnt für  
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und  
ihre Familien sein.**

Familien benötigen mehr Zeit und sie benötigen mehr Geld.

Deshalb müssen wir sie von Kita-Gebühren befreien und uns für die Einführung einer Familienarbeitszeit einsetzen.

Wir werden ihre Rechte als Mieter stärken und wieder bezahlbare Wohnungen bauen.

Wir werden in die Arbeit von morgen investieren und Nordrhein-Westfalen wieder zu einem Land der Mitbestimmung und der Tarifbindung machen.

Von dieser Landesregierung hat niemand mehr etwas zu erwarten.

Aber die nächste Landesregierung wird wieder an der Seite der Beschäftigten stehen.

Und sie wird an der Seite aller jungen Menschen stehen,  
die genauso ein Recht auf eine gesunde Umwelt, auf gute Jobs  
und ein selbstbestimmtes Leben haben, wie alle Generationen  
vor ihnen.

Für sie gewinnen wir das Morgen!

Herzlichen Dank!